

Östland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten G. V., Berlin W 30, Mohrstraße 46, Fernruf W 5, Barbacossa 0014.
Postkontingent Berlin 658/39. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedrichshagen.
Hilfsr. 2 — Druck: Zentraldruck W. N. Kbt. Spandau, Zögelerstraße 15. — Erscheint monatlich, je nach Bedarf
vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0,30 und RM. 0,05 Halbjährlich. — Anzeigenpreise: 2 — 3 u. W. g.

Nr. 20

Berlin, den 15. Oktober 1935

16. Jahrgang

Polen und die Sanktionen

Durch den Beschluß des Völkerbundes im italienisch-abessinischen Konflikt ist Polen zur Entscheidung in einer Frage gedrängt worden, aus der es sich am liebsten ganz herausgehalten hätte. Die polnische Defensivität ist in einem Zwischenfall von Neigung und Notwendigkeit geraten. Auf der einen Seite ist ihr der Gedanke zweifellos wenig angenehm, durch die Teilnahme an Sanktionsmaßnahmen sich unter Umständen die mit einem gewissen Gefühl der Dankbarkeit empfundene italienische Sympathie zu verlieren. Auf der anderen Seite aber sieht sie im allgemeinen die praktische Notwendigkeit ein, der überlegenen Kraft des britischen Weltreiches Rechnung zu tragen. Vor einiger Zeit noch hat Polen in Genuß sich bemüht, die dortige Stellung Italiens durch vornehmliches Eingreifen nach Möglichkeit zu erleichtern; und die polnische Presse hat damals mit sichtlichem Stolz über die Anerkennung berichtet, die Mussolini der „wohlwollenden Haltung Polens“ geollt hat.

Aber Polen liegt eben doch zu sehr am Rande der durch den ostafrikanischen Krieg ausgetragenen Ereignisse, um in entscheidender Weise in sie eingreifen zu können. Abgesehen von der im Polen ganz herausgestellten kulturellen Verbundenheit mit den lateinischen Völkern, spielen in diesen Fällen wohl auch die kolonialen Hoffnungen Polens eine nicht unbeträchtliche Rolle. Die Begründung, die Italien für sein Vorgehen gibt, daß es als der „große Proletarier unter den Völkern“ Lebensraum für seinen Menschenüberschuß brauche, wird in Polen nicht nur für richtig gehalten, sondern zum Anlaß genommen, um daran zu erinnern, daß Polen sich in einer ganz ähnlichen Lage befinde und gleichfalls ein Recht darauf habe, von dem kolonialen Reichtum der Völkern, die die Welt unter sich aufgeteilt haben, seinen Teil zu erhalten. An stillen hegt man in Polen die Hoffnung, daß die aktive Kolonialpolitik Italiens sich irgendwie vorteilhaft für die polnischen Kolonialpläne auswirken werde. Die polnischen Gefühle neigen in der Hauptache zweifellos auf die italienische Seite, die nützlichere Heberlegung aber gebietet, sich nicht in einen offenen Gegenatz zu England zu stellen.

Polen hat sich zu einer Teilnahme an den Sanktionsmaßnahmen, über die man sich in Genuß ermo einzeln sollte, entschlossen. Es hat dabei aber die Hoffnung, daß die Besizer Beschlüsse nicht allzu streng ausfallen mögen und daß sie vor allem möglichst wenig enthalten, was geeignet ist, Polen allzu sehr in die gegen Italien gerichteten Maßnahmen zu verwickeln. Solange es sich nur um wirtschaftliche Sanktionen handelt, wird Polen hieron nur in geringerer Maße betroffen. Der Handelsverkehr Polens mit Italien macht nur knapp 3 v. H. seines auswärtigen Gesamt-handels aus. Allerdings ist die Handelsbilanz mit Italien für Polen ein Plus. Auch sind in Italien große Beträge für polnische Warenlieferungen eingefloren, an deren Bezahlung im Falle einer Beteiligung Polens an den Sanktionsmaßnahmen wohl schwerlich zu denken sein würde; und schließlich müßte Polen in diesem Falle auf die Gewinne verzichten, die es sonst sehr nachsichtlich aus seinen Kriegsgeliefungen nach Italien zu ziehen vermüchte und an denen

besonders die Lodzer Textilindustrie und die polnische Landwirtschaft interessiert sein dürften. Andererseits aber fällt doch die Tatsache, daß England der bedeutendste Handelspartner Polens ist, mit dem man es nicht verderben darf, schwer ins Gewicht. Wahrscheinlich, daß Polen in Genuß nicht dem Beispiel Ungarns und Österreichs gefolgt ist, ist aber auch die Zeit längerer Zeit schon zu beobachtende Tendenz der polnischen Außenpolitik, sich an der englischen Haltung zu orientieren. In den Kreisen des Warschauer Außenministeriums wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß es für Polen wesentlich schwerer gewesen wäre, sich Deutschland zu nähern, wenn England nicht auf diesem Weg vorangegangen wäre, und wenn England damit (wie vor allem wieder durch das Flottenabkommen mit Deutschland) nicht der Außenpolitik Polens eine gewisse Rechtfertigung gegenüber Frankreich gegeben hätte. Diese brüderliche Parallele zum Foreign Office müßte das Brühlsche Palais verständlicherweise jetzt nicht zugunsten irgendwelcher, vielmehr recht lebhafter, aber sicher chancenloser Beschlüsse verlassen.

Allerdings hat auch die nüchtern denkende Warschauer Außenpolitik dem englischen Vorgehen gegenüber ein sehr wesentliches Bedenken. Dieses entspringt der offensichtlich und begründeten Abneigung Polens gegen kollektive Aktionen. Es ist im Grunde dieselbe Befürchtung, die die polnische Regierung seinerzeit vom Ostpaß abriden ließ und die sie jetzt wieder erfüllt: die Befürchtung, daß kollektive Maßnahmen, die im Namen der „bedrohten Sicherheit“ oder des „gefährdeten Friedens“ ergriffen werden, letzten Endes dazu führen werden, einen an sich lokalisierten Krieg zu generalisieren. Daß der sowjetische Nachbar ein so auffälliges Interesse an einem System der „kollektiven Sicherheit“ zeigt, dürfte für Polen Grund genug sein, dieser Art von Politik mit Mißtrauen gegenüberzutreten. Und daß es ausgerechnet die Sowjetunion ist, die die englische Sanktionspolitik nicht nur unterstützt, sondern noch weiterzutreiben und sogar auf die Staaten auszubehnen bemüht ist, die sich an den gegen Italien gerichteten Maßnahmen nicht beteiligen wollen, das veranlaßt die polnische Politik zu einer verständlichen Zurückhaltung gegenüber den britischen Plänen. In diesem Punkte hält auch die polnische Regierungspresse nicht mit ihrer Kritik an der englischen Haltung zurück. Das antitische Polen wird jedenfalls feine besondere Eifer in der Durchführung etwa verhängter Sanktionsmaßnahmen beweisen. Es wird sich so verhalten, daß es eben noch zu sich behaupten kann, als loyales Mitglied des Völkerbundes die einmal gefaßten Beschlüsse eingehalten zu haben. Darüber hinaus aber empfindet es keinen Anlaß, sich für die antitalienischen Pläne Englands zu engagieren; denn es hat dabei durch allzu großen Eifer (so wie die Dinge jetzt liegen) kaum etwas zu gewinnen, und von dem idealen Beizern, mit dem die Sanktionen umgeben werden, hält es nicht viel. Das antitische Polen aber wird seine Sympathien in diesem Konflikt je nach Temperament und politischer Einstellung verteilen.

Dr. K.

Triumph des Deutschtums

Die litauische Staatsführung verkennt die Grundlage, aus der heraus der europäische Osten Gestalt bekam, aus der auch der Grundriss von der Ächtung fremden Volkstums abgeleitet ist. Die deutsche Volkstumsbewegung war es, die in der Romantik so nachdrücklich auf viele Völker wirkte und das Geschick Osteuropas von Grund auf neu gestaltete. Es gibt Völker, die ohne dieses geistige Geschenk der deutschen Nation nicht mehr auf der Landkarte zu finden wären. Dazu gehört Litauen."

Das Ergebnis

Die Wahlen zum Memelländ, die am 29. und 30. September d. Js. stattfanden, haben die Wahrheit dieser Worte des Reichsministers Dr. Goebbels von neuem erwiesen. Die Deutschen sind mit einer, die Litauer mit sechs, z. T. untereinander verbundenen Listen in den Wahlkampf gegangen. Auf der deutschen Liste haben 29, auf den litauischen Listen insgesamt 158 Kandidaten gefanden. Es sind für die deutschen Kandidaten insgesamt 1 592 604, auf die litauischen 369 457 gültige Stimmen abgegeben worden, d. h. für die deutschen 11,17 v. H. und für die litauischen 18,83 v. H. (Jeder Wähler hätte 29 Stimmen.) Danach hat die Memelländische Einheitsliste 24 Mandate erhalten; die sechs litauischen Listen haben sich mit 5 Mandaten zufrieden geben müssen. Das Kräfteverhältnis im Memelländ hat sich also gegenüber den Wahlen von 1932 nicht geändert.

Die lächerlichen Aufpasser

Einem Triumph des Deutschtums hat die englische Presse das Ergebnis der memelländischen Landtagswahlen genannt. Und selbst die französischen Wähler sprachen von dem niederdrückenden Eindruck, den dieses Ergebnis auf die veramtlichten Kreise in Kauen gemacht hat. Diese Kreise sind wohl von vornherein nicht besonders optimistisch gewesen; aber sie hatten doch ein Bestimmtes auf 8 oder gar 10 litauische Sitze im Memelländgebiet gerechnet, auf ebenso viele Sitze, wie notwendig sind, um den Landtag durch Obstruktion je nach Bedarf lahmlegen zu können. Am liebsten wäre es ihnen freilich gewesen, wenn sie die Wahlen überhaupt nicht hätten veranstalten brauchen, oder wenn ihnen das Ausland wenigstens den Gefallen getan hätte, sich um die Bindungen, unter denen der neue Landtag zu bilden kommt, nicht zu kümmern. Man kann nun, weiß Gott, nicht behaupten, daß sich die Signalartrümpfe, wie es ihrer moralischen Verpflichtung und den Umständen entsprechend hätte, das Memelländ genaugenommen haben. Aber die Aufmerksamkeit, die das Ausland in letzter Zeit, vor allem unter dem Eindruck der Nürnberg Reichstagsrede des Führers, den memelländischen Ereignissen zugewandt hat, hat immerhin ausgereicht, um die Litauer an der Verroffentlichung einiger, ursprünglich geplanter Affkationen zu hindern, mit denen sie während der Wahlen selbst und dann während der Ausgabung der Stimmen die Volkstmeinung zu "sorrigeren" gedachten. Es sind in den entscheidenden Tagen über 60 ausländische Journalisten in Memel gewesen, und die Signalartrümpfe hatten sich noch im letzten Augenblick dazu entschlossen, ihre diplomatischen Vertreter in Kauen als Beobachter nach Memel zu schicken. Die Litauer haben bei früheren Gelegenheiten schon häufig durch Verhaftungen, Ausweisungen und andere Schikane zu erkennen gegeben, wie ungemein peinlich ihnen diese ausländischen Aufpasser sind, und sie haben mehr als sonst noch bei diesen Wahlen die ungeheuren, aber dennoch wirksamen Befehle der internationalen Politik zum Teil gelüchelt, die es ihnen erlaubten, die meistwögigeren Gäfte kurzerhand über die Grenze zu schieben.

Die Vorbereitung der Wahlen

Aber an den von langer Hand vorbereiteten Maßnahmen zur Verfallung und Unterdrückung des memelländischen Volkswillens hat weder die Zuverlässigkeit der privaten und amtlichen Beobachter noch die hinter verschlossenen Türen in Genf erfolgte Unterredung des litauischen Außenministers mit den Vertretern der Signalartrümpfe etwas geändert. Einige Tatkunden, die die Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfinden, hinderend charakterisieren, seien hier noch einmal zusammengefaßt: Seit 1926 herrscht im Memelgebiet der Kriegszustand. Seit

Anfang 1934 lautet auf dem Gebiet der physische und moralische Druck des Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat, das jede Wahrnehmung weltdeutscher Belange mit Zuchthausstrafe belegt. Seit 15 Monaten wird das Gebiet von litauischen Direktoren regiert, die im Übersprach zu den verpöhlenden Bestimmungen des Statutes ernannt worden sind. Vier führenden Kandidaten der Memelländischen Einheitsliste ist noch kurz vor der Wahl die litauische Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Einer nicht genau festzustellenden Zahl von Memelländern haben die litauischen Behörden unter verschiedenen Vorwänden das Wahlrecht entzogen. Dagegen ist innerhalb Jahresfrist bis zum 29. September nahezu 11 000 Personen, die aus Großlitauen importiert worden sind, das memelländische Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zuerkannt worden. Genauso hat man den litauischen Militärpersonen und Grenzpolizeibeamten das Wahlrecht gegeben. Die gesamte verwaltungsähnliche Vorbereitung der Wahlen hat ausschließlich in litauischen Händen gelegen.

Das Wahlsystem

Die Litauer haben sich mit dem kompliziertesten Wahlsystem, das sie sich ausgedacht hatten, vor aller Welt gebrüglamiert. Die Organisation hat nirgends geflappt. Die Zahl der Wahllokale, die in den Landkreisen von 198 auf 63 herabgeleitet worden war, erwies sich als viel zu gering. In den Lokalen selbst waren viel zu wenig Wahlzellen aufgestellt worden. Die Wähler drängten sich an den Tischen und Stühlen oder breiteten ihre Stimmzettel, wenn sonst kein Platz mehr vorhanden war, einfach auf den Fußboden aus. Die Wied mit den 187 Stimmzetteln, die jeder Wähler erhielt und aus denen er die ihm zugehenden 29 Kandidaten herauszufinden hatte, bereiteten viel Kopfschmerzen. Die Litauer hatten berechnet, daß jeder Wähler in durchschnittlich fünf Minuten sein Wahlgesetz erledigt haben könnte. War der Berichterstatter des Pariser "Intransigent" hat beobachtet, daß einer der höchsten litauischen Beamten des Memelgebietes selber zehn Minuten gebraucht hat, um die "richtigen" Zettel zu finden. Es war von vornherein klar, daß eine zwölftägige Wahlzelle nicht ausreichen würde, um alle Wähler ihr Wahlrecht ausüben zu lassen. Tatsächlich sind auch am 29. September nur etwa 40 v. H. der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe erschienen, während die anderen sich vergebens Stundenlang angestellt hatten. Die Litauer hatten vermutlich von vornherein damit gerechnet; und sie hatten sehr wahrscheinlich gehofft, auf solche, höchst einfache Weise einen großen Teil der Memelländer um ihr Wahlrecht betrügen zu können. Aber sie hatten dabei wieder einmal nicht an die ausländischen Journalisten gedacht, die sich keine so blöde Komödie, wie sie da beschliffen war, vornehmen lassen. Nicht irgendein Gefühl für Gerechtigkeit, sondern die Zurechnung der fremden Beobachter ist es gewesen, die die litauische Regierung noch am Abend des 29. September dazu veranlaßt hat, die Wahl am nächsten Tage fortzusetzen.

Vernunftsbesetzte Disziplin der Memeldeutschen

Die Memelländer haben sich durch keinen Terror und durch keine Schikane einschüchtern lassen. Sie haben eine Disziplin und eine Selbstbeherrschung bewiesen, die selbst von den mit Litauen sympathisierenden Ausländern mit Bewunderung anerkannt worden ist. Es hat den Litauern sicherlich wenig Freude bereitet, die Berichte der französischen, englischen, schweizerischen und sonstigen ausländischen Zeitungen über den Verlauf der Wahlen zu lesen. Nach einer Anerkennung ihrer organisatorischen Begabung oder ihrer moralischen Qualitäten haben sie in diesen Berichten wohl vergebens geucht. Dagegen haben sie über die bellennene und aufrechte Haltung der Memeldeutschen dort manch lobende Bemerkung gefunden. So heißt es z. B. in einem Bericht der "Londoner Times" u. a.: "Die Bevölkerung überdauert die Verzögerungen und Quälereien einer schlechtleiteteiten Wahl mit erstaunlicher Ruhe. Die lokalen Behörden hatten für nichts Vorseorge getroffen. Obwohl man eine sehr schwierige Abstimmung erwartet hatte, war die Zahl der Wahllokale und Wahlzellen so unzulänglich

sich, daß manche Wähler zehn Stunden zu warten hatten, ehe sie die Wahlzelle betreten konnten, um ihre Stimmen abzugeben... Die Vorherrscher, die eine Hilfe nur für Rinde und Anaphobeten gestiftet, brachten manche älteren Leute zu Tränen der Verzweiflung und der Mut.“ Nur in einem einzigen Falle ist es vorgekommen, daß die Wähler, die nach endlosem Warten von dem litauischen Wahlleiter auch noch schikaniert und verhöhnt wurden, die Selbstbeherrschung verloren: In einem Orte des Kreises Hordelzug wurden der Wahlleiter und vier litauische Polizisten von der aufs äußerste gereizten Bevölkerung verprügelt und die Wahlurnen getrümmert, so daß dort am 6. Oktober noch einmal gewählt werden mußte, — und zwar mit dem Ergebnis, daß in den fraglichen Stimmbezirken Jugnaten und Keujah-Störjes 94 v. H. aller abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten der Memelländischen Einheitsliste entfielen.

Wieviel Litauer haben gewählt?

Es ist notwendig, das Wahlergebnis einer Kritik zu unterziehen. Jeder Wähler konnte bekanntlich 29 Stimmen abgeben. Für die 29 Kandidaten der Memelländischen Einheitsliste sind im ganzen rund 1 592 604 Stimmen, für die 158 Kandidaten der sechs litauischen Listen insgesamt etwa 369 457 Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der deutschen Wähler läßt sich auf einfache Weise feststellen: Auf sämtliche 29 Kandidaten der deutschen Liste sind nahezu gleich viele, nämlich im Durchschnitt etwa 55 000 Stimmen, abgegeben worden. Es hat bei den Wahlen vom 29. September also keinesfalls mehr als 14 000 litauische Wähler gegeben (denn im ganzen haben rund 69 000 Personen gewählt). Diese Feststellung ist ungemein interessant. Man muß sich folgendes vergegenwärtigen: Bei den letzten Landtagswahlen von 1932 entfielen auf die litauischen Parteien etwa 12 000 Wähler, also 2000 weniger als bei den jetzigen Wahlen. Man sieht aber, wie schon erwähnt, in den letzten drei Jahren etwa 11 000 Großlitauer unter Bruch der Bestimmungen des Statutes ins Memelgebiet eingebürgert worden. Es müßte also 23 000 litauische Wähler geben. Tatsächlich sind aber höchstens 14 000 vorhanden. Wo sind dann die übrigen 9000 geblieben? Es gibt nur zwei Erklärungen hierfür: Entweder haben die, die 1932 noch litauisch gewählt haben, bei den jetzigen Wahlen die deutsche Liste gewählt, weil sie zu der ganz richtigen Erkenntnis gekommen sind, daß das Memelgebiet unter deutsche Führung gehört, wenn es nicht auf dasbabe primitive Niveau herabdrückt werden soll, auf dem sich die benachbarte Großlitauen befindet. Oder sie haben überhaupt nicht gewählt, weil sie zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß es ein fruchtloses Beginnen ist, den Deutschen Charakter des Memelgebietes zu befreiten, und daß sie als Landfremde die ganze Wahl eigentlich gar nichts angeht. Eines steht jedenfalls fest: Von den alt-eingewessenen Memelländern hat keiner die litauischen Listen gewählt, sofern er nicht zu jener kleinen Clique minderwertiger Kreaturen gehört, die unter dem gegenwärtigen Regime einen einträglichen Posten bekleiden. Wären die zum anderen aus Großlitauen nicht gewesen, dann hätten die Schamattlinge es kaum auf einen einzigen Sitz im memelländischen Landtag gebracht.

Die Auszählung der Stimmen

Die Litauer hatten ursprünglich gedacht, das Wahlergebnis noch nachträglich, bei der Auszählung der Stimmen, je nach Bedarf korrigieren zu können. Es war alles bestens eingeleitet. Durch das neue Wahlgesetz hatte man dafür gesorgt, daß die Stimmen nicht mehr, wie früher, von den einzelnen Stimmbezirkskommissionen an Ort und Stelle ausgezählt werden konnten. Sondern diese Aufgabe hatte man vorzüglich der Wahlkreis-Kommission in Memel zugewiesen. Dort hatte man gehofft, ganz unter sich zu sein. Fast bis zum letzten Augenblick glaubten sich die Litauer unter allerhand faulen Ausreden gewisser, einen Vertrauensmann der Memelländischen Einheitsliste in die Wahlkreis-Kommission aufzunehmen. Aber die Aufmerksamkeit der ausländischen Journalisten hat ihnen schließlich doch einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie mußten sich notgedrungen dazu entschließen, wenigstens einen Memelländer in die Kommission hereinzunehmen. (Von Rechts-

megen hätten der Einheitsliste, als der Vertreterin der weit überwiegenden Zahl der Wähler, der Vorzug und die Mehrheit der übrigen Sitz in dieser Kommission zugefallen.)

Die Auszählung der Stimmen ist zum Schluß ganz anders verlaufen, als die Litauer es sich vorgestellt hatten. Sie verstrickten sich in ihren eigenen Schlingen: Um das schwierige Zählgeschäft überhaupt in einer noch einigermaßen erträglichen Zeit durchzuführen zu können, reichten natürlich die paar Mitglieder der Wahlkreis-Kommission bei weitem nicht aus. Es mußten 200 Zähler eingestellt werden. Und hierbei ruhten sich die Litauer, wenn auch höchst ungerne, dazu verstehen, je zur Hälfte Deutsche und Litauer zu nehmen und diese in der Aula des Baltisches Gymnasiums in Memel so unterzubringen, daß immer ein Deutscher und ein Litauer beim Zählen einander kontrollieren konnten. Da überdies die Parteien das Recht hatten, auf der Galerie der Aula ihre Beobachter zu postieren, waren Schiebungen nicht mehr gut möglich. Tatsächlich ist dann auch ein litauischer Student dabei erwischt worden, wie er versuchte, Stimmzettel der Memelländischen Einheitsliste verschwinden zu lassen. Die Litauer hatten sich das so ganz anders vorgestellt!

Die Mandatsverteilung

Es ist noch nötig, einiges über die Verteilung der Mandate zu sagen. Da der Landtag 29 Abgeordnete umfaßt und im ganzen 1 962 061 Stimmen abgegeben worden sind, entfällt auf je etwa 67 658 Stimmen ein Mandat. Innerhalb der einzelnen Listen gelten die Kandidaten mit den meisten Stimmen als am besten gewählt. Wittenverbindung ist möglich; die Litauer haben hieron Gebrauch gemacht. Es haben erhalten die

| | | |
|---|-----------|------------------|
| Memelländische Einheitsliste | 1 592 604 | |
| Litauische Volkspartei Liste I | 82 805 | |
| Liste II | 58 377 | Wittenverbindung |
| Litauische Großlitauer Liste VI | 63 096 | 225 632 Stimmen |
| Liste VII | 20 754 | |

| | | |
|--|--------|------------------|
| Verzinsung der lit. Anleihe u. Landwerter Liste IV | 81 778 | Wittenverbindung |
| Liste V | 62 647 | 144 425 Stimmen |

Die Listen 1, 2, 6 und 7 waren miteinander verbunden, ebenso die Listen 4 und 5. Die Litauer hatten gehofft, auf diese Weise bei der Aufzählung der Reststimmen ein besser abzuschneiden. Aber die Wittenverbindung hat ihnen nichts genutzt. Auf die Memelländische Einheitsliste entfielen zunächst 23 Mandate und 36 493 Reststimmen. Auf die vier verbundenen litauischen Listen 3 Mandate und 22 061 Reststimmen, auf die beiden anderen verbundenen Litauerlisten 2 Mandate und 9111 Reststimmen. Das noch übrigbleibende 29. Mandat mußte der Liste mit den meisten Reststimmen zugewiesen werden; das war die Einheitsliste.

Das Volk und die Wogen

Die Litauer haben es, wie erwähnt, auf fünf Mandate gebracht. Interessant ist es nun, festzustellen, mit welcher Stimmenzahl die einzelnen Kandidaten gewählt worden sind. Jeder der deutschen Abgeordneten konnte im Durchschnitt 55 000 Stimmen auf sich vereinen. Die fünf litauischen Abgeordneten aber haben nur zwischen 4000 und 5500 Stimmen aufbringen können. Jeder einzelne deutsche Abgeordnete hat also zehnmal mehr Wähler hinter sich als derjenige unter den Litauern, der die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Interessant sind auch folgende Feststellungen: Unter den fünf gewählten litauischen Abgeordneten befindet sich ein einziger, der im Memelgebiet beheimatet ist; bei den anderen vier handelt es sich um zugewanderte und eingebürgerte Großlitauer. Früher war die Partei der litauischen Landwirte der Grundstöß der litauischen Blöcke. 1928 erhielt diese Partei noch 4 von den 5 litauischen Mandaten, 1930 nur noch 2 von 5, und dieses Mal ist ein Mandat dieser Partei übergeben, und auch dieses hat nur mit Mühe und Not gewonnen werden können. Wie die Stelle der früheren litauischen Landwirtschafts-Abgeordneten sind jetzt Beamte, Arbeiter, Angestellte getreten, durchweg Leute, die aus Großlitauen stammen und von Leuten ge-

wählt worden sind, die gleichfalls mit dem Memelländer nichts zu tun haben.

Anwärt ist es, sich die Listen der litauischen Diätenaspiranten anzusehen und die Berufsangebote zu studieren. Da gibt es einen Oberzollkontrollleur, drei Gouvernementsreferenten, einen Eishausinspektor, einen Direktor der Landesverordnungsanstalt und einen Bankdirektor, einen Düneninspektor, ein Mitglied und einen Angestellten der Hafeninspektion, einen Zollamtsvorsteher, einen Gymnasialdirektor, einen Fischereioberwacher, einen Mittelständler, acht Volkswortführer, einen Studienrat, sechzehn andere Beamte und Lehrer, sechs Leute, die sich alschlich und hochgebildet als „Direktoren“, zwei weitere, die sich als Landwirte bezeichnen, und aber alle ihre Hand im öffentlichen Geschäft haben; dann stehen auf diesen Listen weiter ein Bauingenieur und ein Gutsvormwarter und schließlich noch ein paar harmlose Leute, die sich als Fischer, Schiffer, Arbeiter und Schneider ausweisen und auf diesen in politischen Angelegenheiten offenbar die einzigen sind, die ihr Geld noch auf antikehrige Weise verdienen und deren Aufgabe es auf diesen Listen wohl gewesen sein mag, das Volk zu markieren. Rein, das memelländische Volk hat mit diesen Leuten, die eine vorübergehende schamoi-

rische Konjunktur hochgeschwemmt hat, nicht das geringste zu tun. Das hat es bei den Wahlen mit einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Remel bleibt deutsch

Die Litauer hatten gehofft, die Memelländer mit den Unterdrückungsmethoden, die sie selber aus ihrer russischen Zeit her noch gemöhnt sind, müde machen zu können. Sie haben die Memeldeutschen nur zu einem noch festeren Block des Widerstandes zusammengehaemt. Die Litauer hatten gemeint, die Todes- und Justizhausrichte des Kaiserlichen Kriegsgerichtes würden den Memelländern den Mut nehmen, sich weiterhin zum deutschen Volk zu befehlen. Und jetzt mußten sie es bei den Wahlen erleben, daß die tapfere Haltung der Kameraden, die heute noch in den litauischen Justizhäusern schmachten, sich dem ganzen memelländischen Deutschtum mitgeteilt hat. Die Litauer hatten die Lüge vom „litauischen Volkstum des Remelgebietes“ so oft wiederholt, daß sie ansehnd schließlich selbst daran glaubten. Und jetzt haben die Wahlen es aller Welt noch einmal bewiesen: Remel war deutsch, ist deutsch und wird immer deutsch sein!

Disziplin, Sauberkeit, sachliche Arbeit

Sejm und Senat haben mit ihrer Arbeit begonnen. Wie sich diese Arbeit in dem von der neuen Verfassung gezogenen Rahmen praktisch entfalten wird, läßt sich schwer sagen. Obwohl die Abgeordneten und Senatoren von einigen Vertretern der fremden Volksgruppen abgesehen — durchweg mehr oder weniger erprobte Anhänger des Regimes oder doch für nötig zu halten, die Volkswortreiter von vornherein selbst an die Kanzeln zu nehmen. Vor allem die Abgeordneten des Sejms scheinen ihnen noch recht erziehungsbefürchtig zu sein. In eindringlicher Form ist den Abgeordneten in letzter Zeit mehrfach Harngemacht worden, welche Pflichten sie haben und was man von ihnen erwartet.

Auf manchen Abgeordneten, der sich jetzt, da es im Sejm keine oppositionellen Parteien mehr gibt, wohl schon als staatlich beglaubigter Repräsentant der polnischen „Elite“ gefühlt haben mag, hat das, was Oberst Slamek in der „Gazeta Polska“ über die Volksvertreter gesagt hat, wahrscheinlich ernüchternd gemirrt. Slamek hat von den Abgeordneten politische Disziplin, persönliche Sauberkeit und sachliche Arbeit verlangt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß in dieser Beziehung seiner Ansicht nach noch recht erhebliche Mängel bestehen: Er habe die Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften einige Jahre lang beobachtet und dabei festgestellt müssen, wie schwer es vielen seiner Kollegen gefallen sei, sich von den bei den Parteien üblichen Arbeitsmethoden zu trennen. Die sich aus der neuen Verfassung und Wahlordnung ergebenden Änderungen seien von manchen Abgeordneten noch nicht genügend verstanden worden. Das habe sich noch während der letzten Wahlen gezeigt, wo es vorgekommen sei, daß einige Kandidaten sich als die Repräsentanten bestimmter sozialer Bevölkerungsschichten herausgestellt und dadurch für ihre Person Stimmung zu machen versucht hätten. Der Abgeordnete sei nicht dazu da, um die Interessen einer bestimmten Wählergruppe zu vertreten; sondern er habe sich als Beauftragter der Gesamtheit zu fühlen. Vor allem müsse die üble Gewohnheit aufhören, daß die Abgeordneten ihre Stellung dazu benutzen, um ihnen naheliegenden Personen private Vorteile zu verschaffen. Wer es nicht fertig bringe, sich derartige ausbringliche Mißstände vom Leibe zu halten, der möge auf sein Mandat verzichten und ein Mißstriffenbüro aufmachen. Wo in der Verwaltung Fehler vorkämen und Unrecht geschehe, hätten die Abgeordneten die Möglichkeit, zu interpellieren. Aber derartige Interpellationen müßten öffentlich sein, so daß sie von den anderen Abgeordneten kontrolliert werden können.

Der hier von Oberst Slamek kritisierten Protektionswirtschaft ist durch die neue (für Sejm und Senat gleich-

lautende) Geschäftsordnung ein Riegel vorgegeben worden. Art. 27 der Geschäftsordnung verbietet es dem Abgeordneten, sich an die Organe der Staats- oder Selbstverwaltung mit Interventionen im materiellen Interesse einer einzelnen Person oder eines Unternehmens zu wenden, ferner sich auf den Abgeordnetentitel in Angelegenheiten des eigenen Unternehmens oder eines Unternehmens, dessen Leiter oder Teilhaber er ist, zu berufen. Auch der Rantie der endlosen Parlamentsreden ist durch die neue Geschäftsordnung ein Dämpfer aufgelegt worden. In den Art. 70 und 71 sind sehr weitgehende Beschränkungen der Redezeit vorgehrieben, und es wird den Abgeordneten überdies unterlagt, ihre Reden vom Manuskript abzulesen. Bezeichnend dafür, daß in Zukunft auf eine straffere Disziplin der Abgeordneten gesteigerter Wert gelegt wird, sind auch die Artikel der Geschäftsordnung, die bei nicht ausreichend begründetem Fehlen, bei ungebührlichem Verhalten usw. bestimmte, gegen früher verhängte Strafen vorsehen.

Auch in der Wertschätzung der Staatspräsidenten an den Sejm sind die Abgeordneten noch einmal an ihre Pflichten erinnert worden. Es heißt dort, u. a.: „Mit dem schwereren Leid einer unterjochten Nation, mit dem blutigen Opfer einiger Geschlechter mußte Polen für die schäbste Organisation des Staates, für schlechte Gelehe, für entseffete Willfür, für den Mangel an Ansehen der Behörden der alten Republik bezahlen. . . Die Verbesserung der Verfassung wurde durchgeführt. Sie soll Polen vor der Wiederkehr der unseiligen Geispenfer der Vergangenheit, die es in den Untergang geführt hatten, schützen. . . Ich glaube daran, daß die Arbeiten dieser Kammer von der Sorge geteilt sein werden, der Republik gute, ihre Kraft und ihr Ansehen steigende Gelehe zu geben. Ich wünsche Ihnen, meine Herren, daß Sie Ihre Arbeit auf die gehörige Höhe bringen möchten, und daß Sie in Zukunft auf die Ergebnisse dieser Arbeit im Geschäft erfüllter Pflicht gegenüber der Republik zurückzusehen können.“

Wie aus diesen und ähnlichen Äußerungen hervorgeht, fühlen sich die führenden Männer des Willkürregimes als die Erben nicht nur des politischen Willens, sondern auch der volkserzieherischen Arbeit des Marschalls. Sie sind sich, wie es scheint, auch darüber im Klaren, daß die erzieherische Arbeit, wenn sie die breiten Massen des Volkes erreichen soll, zunächst in den Kreisen zu leisten ist, die als Beamte, Abgeordnete oder sonstige in verantwortlicher Stellung der einfache Staatsbürger den Wert der Unmutter des Regimes und seiner Ideen beurteilt. Die „Gazeta Polska“ hat kürzlich die Bedeutung, die diese erzieherische Arbeit auch für die Rationalisten-

politik Polens bezieht, in einem bemerkenswerten Artikel zum Ausdruck gebracht. Es heißt dort u. a.:

„Soweit es sich um die polnische Wärbheit handelt, so ist von dieser Seite das Hauptmerkmal der Wahl der richtigen Ziele und Methoden der Nationalitätenpolitik die sich immer zu hohe pragmatische Empfindlichkeit, die sich aus der kurzen Dauer der staatlichen Existenz ergibt. Die polnische Bevölkerung in den Grenzgebieten bezieht noch nicht in genügendem Maße diese stolze Selbstsicherheit, die das Gefühl des Bestehens eines eigenen Staates herausbilden müßte. Gar zu oft noch stehen wir im Verhältnis zu den nationalen Minderheiten auf dem Standpunkt einer Partei. Nur schwer und allmählich wächst das Bewußtsein, daß der Bau eines eigenen Reiches in den Randgebieten, der die nationale Pflicht eines jeden Polen darstellt, nicht nur durch den auf Kosten des Reiches in den Randgebieten vor sich gehen muß, daß man dasselbe durch die Entwicklung dieser Minderheit Rechnung tragende Anstrengung erreichen kann, die oft dieser Minderheit zuvorkommt. Der Pole, der wirklich die Größe und Macht der Republik anstrebt, ihre geschichtliche Mission begreift und an die elementaren Kräfte des Volkes glaubt, sollte sich durch Stolz, Ruhe, Geduld und Verständnis auszeichnen... Durch Merkmale der staatlichen Reife sollte sich in besonderer Weise die Staatsverwaltung aller Rangklassen auszeichnen. Eine der größten Schwierigkeiten in unserer Nationalitätenpolitik ist das gar zu langsame Durchbringen der an den leitenden Stellen entstehenden Strömungen in die untergeordneten Stellen, in denen sich praktisch das staatliche Leben abwickelt. Was sind die besten Ansätze, ja sogar Verfügungen der Leiter der einzelnen Instanzen wert, wenn sie nicht bis zu den tiefsten Stufen und damit zur Kenntnis der Bürger gelangen! Nicht alles auf diesem Gebiet ist bei uns in Ordnung. Nicht jeder Kom-

mandant einer Polizeiwache, nicht jeder Schulleiter ist reif genug, die Rolle eines Repräsentanten eines Staates auf der ersten Stufe zu spielen, einer Stufe, die die direkte Berührung mit der Bevölkerung ermöglicht. Nicht jeder zeichnet sich durch Tatgefühl und Gerechtigkeit aus und durch die Kenntnis aus, die nötig ist, um bei den Bürgern Achtung und Vertrauen zum Staat entstehen zu lassen. Erst dann, wenn die niedrigsten Stellen der Verwaltung gute Leiter der Ströme werden, die von oben, von den leitenden Stellen der Staatsarbeit, kommen, wird es möglich sein, von einem wirklichen Wert einer richtigen Nationalitätenpolitik zu sprechen. Die Annäherung an diese, übrigens durchaus erreichbare Vollkommenheit ist zweifellos die wichtigste Aufgabe für die nächste Zukunft.

Es ist nur zu wünschen, daß sich diese Kritik des Regierungsblattes an den Mängeln der polnischen Nationalitätenpolitik, die ihren Grund in der persönlichen Ungelänglichkeit mancher polnischer Amtsstellen haben, möglichst positiv auswirken möge. Es darf jedoch nicht verkümmert werden, daß es nicht nur untergeordnete Stellen sind, die jene Eigenschaften vermissen lassen, die die „Gazeta Polska“ als „Merkmale der staatlichen Reife“ bezeichnet. Es läßt sich z. B. nicht leugnen, daß der Wojewode Brażynski zu den Männern gehört, denen noch in hohem Maße das Bewußtsein fehlt, daß der Bau eines eigenen polnischen Reiches in den Randgebieten nicht nur durch den auf Kosten des Reiches in den Randgebieten vor sich gehen muß. Hätte in den letzten zehn Jahren an der Spitze der Wojewodschaft Schlesien ein Pole gestanden, der sich in seiner Einstellung zu der nichtpolnischen Bevölkerung seines Amtsgebietes durch die von der „Gazeta Polska“ geforderten Eigenschaften: Stolz, Ruhe, Geduld und Verständnis auszeichnet, dann wäre es sicherlich nicht dazu gekommen, daß diese Wojewodschaft in den Ruf gerät, ein Paradies der Postenjäger zu sein, und damit das Ansehen des polnischen Staates gefährdet.

Vom deutschen „Glück“ in Polen

Der misverstandene Kronzeuge

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ benutzte die in „Ostland“ Nr. 18 vom 15. September d. Js. enthaltene Mitteilung über die Einweisung von vier neuen deutschen Schulgebäuden in Dirschau, Königs, Pleß und Gwallowitz dazu, um wieder einmal seine Waise von der „Not“ der Polen in Deutschland ablaufen zu lassen. Das Blatt glaubt anscheinend, in der Mitteilung des „Ostland“ eine Bestätigung seiner These vom deutschen „Glück“ in Polen erblicken zu dürfen. Etwas mehr Sorgfalt beim Lesen wird die „Kotlegen“ vom Polener „Kurjer“ in Zukunft hoffentlich darauf bemahren, das „Ostland“ als einen Kronzeugen nationaldemokratischer Propagandathesen zu feiern. In der erwähnten Mitteilung des „Ostland“ hieß es u. a.: „Wohlgemerkt: Es sind nicht neue deutsche Unterrichtsbetriebe, die eröffnet worden sind, sondern neue deutsche Schulgebäude, die ihrer Bestimmung übergeben wurden und die Fortführung bestehender, bzw. Wiedereröffnung früher geschlossener deutscher Schulbetriebe ermöglichen.“ Der Unterschied zwischen Schulbetriebe und Schulgebäude scheint dem Polener „Kurjer“ noch nicht aufgegangen zu sein. Uebrigens leidet gerade eine der oben erwähnten Schulen wieder ein Beispiel dafür, mit welchen Schwierigkeiten die deutschen Schulen zu kämpfen haben: Fünfzehn von den Kindern, die zur deutschen Schule in Gwallowitz angemeldet worden waren, ist von der polnischen Behörde der Besuch dieser Schule verboten worden. In allen diesen Fällen sind Beschwerden bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien eingereicht worden. Neun der am Besuch der deutschen Schule verhinderten Schüler beklagen gegenwärtig überhaupt keine Schule; sie warten die Entscheidung der Gemischten Kommission über ihre Beschwerden ab.

Rechtlose Entdeutschung der Pleßischen Betriebe

Die Zwangsverwaltung des Pleßischen Vermögens hat den letzten, noch nicht entlassenen land- und forstwirtschaftlichen Beamten der Pleßischen Verwaltung

zum 31. März 1936 gekündigt. Zum gleichen Termin sind den betroffenen Beamten auch ihre Dienstwohnungen gekündigt worden. Mit welchen Kräften vom 1. April an der Betrieb aufrechterhalten werden soll, ist noch nicht geklärt. Vielleicht hat Brażynski noch einige seiner Kreaturen zu verlieren. Die Bestimmungen, die voraussetzen, daß die Zwangsverwaltung keinen einzigen der alten Beamten, Angestellten und Arbeiter der Pleßischen Verwaltung im Dienst behalten werde, scheinen Recht zu behalten.

Deutsches Volksbündheim bezieht

Für die merkwürdigen Rechtsbegriffe, die in polnischen Kreisen in bezug auf den Schutz des deutschen Eigentums herrschen, ein Beispiel aus Antonienhütte: Dort sollte Ende September das neue Volksbündheim eröffnet werden. Doch ist das nicht möglich gewesen. Denn als das Heim fertiggestellt war, nisteten sich dort vier polnische Familien ein, nachdem sie die Türen gewaltsam aufgebrochen hatten. Die Leute weigerten sich, die Räume, in denen sie sich sofort häuslich niedergelassen hatten, wieder zu verlassen. Die Polizei beschränkte sich darauf, ein Protokoll aufzunehmen, im übrigen aber erklärte sie, in dieser Sache nichts unternahmen zu können. Das Heim ist zu dazu bestimmt, arbeits- und obdachlosen Deutschen ein Unterkommen zu gewähren. Die Tatsache, daß es sich bei den polnischen Einbrechern um ermittelte Erwerbslose handelt, kann also nicht als logische Entschuldigung gelten.

Der Bund heimatischer Posener
veranstaltet am Mittwoch, dem 16. Oktober, im „Clou“ (Berlin, Mauerstraße 82) ein

„Fest der Ostmark“

Es spricht der Leiter des Bundes Deutscher Osten, Prof. Dr. Oberländer, Anfang 20 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Bereinigungen zwischen Danzig und Polen

Nach wochenlangen Verhandlungen wurden am 11. Oktober zwei Protokolle unterzeichnet, die für das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Danzig und Polen eine große Bedeutung besitzen. Das erste Protokoll betrifft die Auswirkungen der Danziger Guldenbewirtschaftung auf den polnischen Transithandel und Transitverkehr über Danziger Gebiet sowie den Wirtschaftsverkehr zwischen Danzig und Polen; eine Einigung über diese Frage war bereits im September erzielt worden, doch war damals vereinbart worden, daß das Protokoll erst unterzeichnet werden und in Kraft treten soll, wenn auch über die Frage der weiteren Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen eine Einigung erzielt worden ist. Das ist jetzt der Fall; ein Protokoll hierüber wurde am 11. Oktober unterzeichnet. Nachstehend wird der Text der beiden Vereinbarungen wiedergegeben. Das erste, die Guldenbewirtschaftung betreffende Protokoll, hat folgenden Wortlaut:

„In Ausübung des Protokolls vom 8. August 1935 haben der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung zwecks Beseitigung der nachteiligen Auswirkungen der Danziger Guldenbewirtschaftung auf den polnischen Transithandel und -verkehr durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig und den freien Wirtschaftsverkehr zwischen Polen und Danzig folgendes vereinbart:

I. Der Senat der Freien Stadt Danzig wird befreit sein, halbmöglichst die völlige Freiheit des Zahlungsvverkehrs zwischen Polen und Danzig gemäß Artikel 195, Absatz 3 des Warschauer Abkommens wiederherzustellen.

II. Der im Gebiet der Freien Stadt Danzig bestehende Zustand völliger Freiheit für den Devisenverkehr zu Zwecken des polnischen Außenhandels über Danzig und zu Zwecken des Durchgangsverkehrs von und nach anderen Staaten wird vom Senat der Freien Stadt Danzig ungeachtet der vorläufigen Beibehaltung der Guldenbewirtschaftung, wie sie im Protokoll vom 8. August 1935 vorgeesehen ist, aufrechterhalten werden.

III. Für die Zwecke des polnischen Außenhandels über Danzig sowie des Durchgangsverkehrs von und nach anderen Staaten werden Devisen gegen Gulden in den Fällen zugeteilt werden, in denen die Notwendigkeit für eine solche Zuteilung vorliegt.

IV. Hinsichtlich des Warenbezuges aus Polen wird der Senat der Freien Stadt Danzig für die bevorstehende Dauer der Guldenbewirtschaftung:

- a) alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um nach Möglichkeit die polnischen Lieferungen für die Bedürfnisse der Freien Stadt in normalem Umlaufe aufrechtzuerhalten,

b) die Guldenbewirtschaftung nicht zu Maßnahmen benutzen, die einen Rückgang dieses Warenverkehrs nach sich ziehen könnten,

c) in seinen Verordnungen und anderen Maßnahmen, wie auch in ihrer praktischen Anwendung (insbesondere bei der Devisenzuteilung) keinerlei unterchiedliche Behandlung in gleichliegenden Fällen zum Nachteil bestimmter Kategorien von Firmen oder von Einzelpersonen üben.

V. Um beim Warenbezug aus Polen auftretende Schwierigkeiten und Hindernisse im Geschäftsverkehr der einzelnen Branchen zu beseitigen, werden unverzüglich Besprechungen zwischen den Danziger und polnischen Wirtschaftsvertretungen veranstaltet werden.

VI. Falls gegen die Durchführung der Bestimmungen der Artikel II, III und IV dieses Protokolls Einwendungen erhoben werden sollten, werden diese von einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuss geprüft werden, dessen Aufgabe es ist, auf gutlichem Wege eine praktische Lösung zu finden.

(Die im § 5 vorgeesehenen Besprechungen sind von den Vertretern des Verbandes der polnischen Industrie- und Handelskammern und den Vertretern der Danziger Industrie- und Handelskammer schon im September unmittelbar nach der Paraphierung des Protokolls, aufgenommen worden.)

Das Protokoll über die Ausnutzung des Danziger Hafens hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter des Senats der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung sind wie folgt übereingekommen:

I. Die Geltungsdauer des am 18. September 1933 in Durchführung der Bestimmungen des Artikels 2 des Lieberintommens vom 5. August 1933 unterzeichneten Protokolls wird für eine weitere Verkehrsperiode, d. h. vom 1. Oktober 1935 bis 30. September 1936 verlängert.

II. Es sollen unverzüglich weitere Verhandlungen betreffend das Protokoll vom 18. September 1933 stattfinden und mit solcher Beschleunigung geführt werden, daß sie nach Möglichkeit vor Ende des Monats Dezember 1935 im Abschluß finden. Die dabei getroffenen Vereinbarungen sollen unverzüglich in Kraft gesetzt werden.

Die Polnische Regierung behält sich vor, in diesen Besprechungen alle diejenigen Fragen zu berühren, die im Zusammenhang mit der entstandenen wirtschaftlichen Lage Danzigs stehen.

Im Interesse der Beschleunigung wird die im Artikel IV des Protokolls vom 18. September 1933 genannte Kommission schon jetzt beauftragt, das notwendige statistische Material zusammenzustellen und vorzulegen.“

Der deutsche Landbesitz in Pommern

Vor einiger Zeit machte ein gewisser Wlodzimierz Dworzaczek im „Kurjer Poznanski“ für die Kreise der Wojewodschaft Posen Mitteilungen über eine angebliche Zunahme des deutschen landwirtschaftlichen Besitztandes während der letzten Jahre. Nach diesen Mitteilungen soll der deutsche Besitzstand von 1926 bis 1934 in der Wojewodschaft Posen um 15 369 Hektar angewachsen sein. Dworzaczek vermeldet es, mitzuteilen, auf Grund welcher Erhebungen er zu diesen Zahlen gelangt ist. Unter diesen Umständen bestand keine Veranlassung, an die Zuverlässigkeit der Angaben zu glauben. Auch von polnischer Seite wurde die Glaubwürdigkeit der vorgebrachten Zahlen angezweifelt. Aus amtlicher Quelle stammten die Zahlen jedenfalls nicht. Das hat Dworzaczek in einem weiteren Artikel, der am 8. September ebenfalls im „Kurjer Poznanski“ erschienen ist, selber zugegeben. Er schreibt dort, daß die amtlichen Stellen, an die er sich um genaue Angaben über den deutschen und polnischen land-

wirtschaftlichen Besitzstand gewandt habe, ihm erklärt hätten, daß sie ihm die entsprechenden Zahlen nicht geben könnten. Jedoch verrät Dworzaczek jetzt wenigstens, daß die von ihm mitgeteilten Zahlen vom polnischen Westverband stammen. Wie aber dieser dazu gelangt ist, wird weiterhin verschwiegen. Eine Erörterung lohnt unter diesen Umständen nicht die Mühe.

Doch seien aus dem Artikel vom 8. September, der sich mit der nationalen Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes in der Wojewodschaft Pommern befaßt, einige Stellen wiedergegeben. Dworzaczek wiederholt hier zunächst seine früher aufgestellte Behauptung, daß der deutsche Landbesitz in Posen während der letzten Jahre zugenommen habe. Er stellt jetzt fest, „daß es sehr leicht möglich ist, daß ein gewisser Prozentsatz von Deutschen in den ersten Jahren unserer Wiedergeburt aus Angst ihre Nationalität als polnisch angab, während er sich gegenwärtig offen zur deutschen

Nationalität befennl. In Pommern", führt der Verfasser dann fort, „wo die Deutschen frühzeitig ihre Sicherheit wiedergewannen, konnte dieser Umstand ohne Bedeutung sein.“

Dann heißt es weiter: Die Wojewodschaft Pommern habe bei der letzten Volkszählung im Jahre 1931 90,9 v. H. Bewohner polnischer Nationalität und 9,1 v. H. anderer, also fast durchweg deutscher Nationalität aufgewiesen. Diese bescheidene Minderheit zeige sich jedoch keineswegs so unschuldig, wenn man die „unverhältnismäßig große Landfläche“ berücksichtige, die bis heute in ihrer Hand geblieben sei. 22,3 v. H. der Gesamtfläche Pommerns liege in der Hand der Deutschen, das sei ein für die Zukunft Polens wichtiges Problem. Dmowaczef vergleicht dann die nationale Besitzverteilung in den Jahren 1914, 1926 und 1933 mit einander.

Im Jahre 1914, als sich noch große Flächen im Besitz des Preussischen Fiskus und der (damals deutschen) Selbstverwaltungen befanden, war die erdrückende Mehrheit von 71,9 v. H. der gesamten Wojewodschaftsfläche in deutschem Besitz. Nur im Kreise Löbau hat der polnische Besitz (mit 55,2 v. H.) den deutschen damals übertrafen. Dagegen haben sich in fünf Kreisen über 80 v. H., in drei Kreisen über 70 v. H., in sechs Kreisen über 60 v. H. und in zwei Kreisen über 50 v. H. der Fläche in deutschen Händen befunden. In deutschem Privatbesitz sind damals 42,9 v. H. der Wojewodschaftsfläche gewesen. Am stärksten ist der deutsche Privatbesitz in den Kreisen Kulm, Graudenz, Dirschau, Jempelburg und Soltau mit mehr als der Hälfte der Kreisfläche gewesen, am schwächsten dagegen in den Kreisen Stargard, König, Karthaus, Tuchel, Löbau und Strasburg, wo der deutsche Privatbesitz nur etwa 18—29 v. H. der Kreisfläche ausgemacht hat.

Für das Jahr 1926 stellt Dmowaczef schon „eine recht beachtliche Entdeutung von Pommern hinsichtlich des Landbesitzes“ fest. Denn der deutsche Grundbesitz habe jetzt nur noch 22,6 v. H. der Gesamtwojewodschaftsfläche und nur noch 30,2 v. H. des gesamten privaten Landbesitzes ausgemacht. Dmowaczef meint, daß dies nicht die Folge einer planmäßigen polnischen Agrarpolitik, sondern eine Wirkung der nach dem Umsturz unter den Deutschen herrschenden Paniktimmung gewesen sei. Dann fährt er fort:

„Nach dem Jahre 1926 stellen wir nur noch eine unbedeutende Verringerung des deutschen Grundbesitzes fest, und zwar betrug im Jahre 1933 der deutsche Besitz im Verhältnis zur gesamten Wojewodschaftsfläche 22,3 v. H. gegenüber 22,6 v. H. im Jahre 1926 und im Verhältnis zum gesamten Privatbesitz 29,9 v. H. gegenüber 30,2 v. H. Wir können feststellen, daß heute noch — neben dem Kreis Dirschau mit 31,2 v. H. — das südliche Gebiet Pommerns einen sehr

großen Prozentsatz deutschen Besitzes aufweist. Dieses Gebiet erstreckt sich von den Kreisen Graudenz (41,1 v. H.) und Brielien (26,8 v. H.) über Schmetz (29,7 v. H.), Kulm (39,9 v. H.) und Thorn (27,7 v. H.) in der Richtung Jempelburg an der Grenze (53,2 v. H.). Und dieses Gebiet des südlichen Pommerns schließt an die nördlichen Kreise des Polenschen an, wo das Bild nicht besser aussieht: Wirßig (35,2 v. H.), Kolmar (30,4 v. H.), Bromberg (23,3 v. H.), Scharbin (36,8 v. H.) und sogar Hohensalza (35,1 v. H.). Dieses Bild muß man sich gut vor Augen halten.“

Dmowaczef hat seinem Artikel einige Karten beigefügt, in die er für die einzelnen Kreise Pommerns die Prozentätze des deutschen Besitzes eingetragen hat. Der Inhalt der Karten wird nachstehend in Tabellenform wiedergegeben. Es betrug der private deutsche Grundbesitz im prozentualen Verhältnis zur Kreisfläche (in Klammern wird für 1914 der gesamte deutsche Besitz: privat, staatlich und kommunal, angeführt):

| Kreis | 1914 | 1926 | 1933 |
|-------------------------|---------------|-------|-------|
| 1. Secrest | 35,9% (63,7%) | 17,4% | 20,4% |
| 2. Stargard | 26,4% (51,9%) | 18,7% | 13,8% |
| 3. Wercin | 34,6% (61,8%) | 22 % | 29,6% |
| 4. Dirschau | 57,6% (85,5%) | 30,9% | 31,2% |
| 5. Wene | 46 % (71,6%) | 31,3% | 31,2% |
| 6. Stargard | 18,9% (60,7%) | 11,9% | 16,6% |
| 7. König | 20,6% (60,7%) | 15 % | 11,3% |
| 8. Tuchel | 22,5% (68,3%) | 11,7% | 10,3% |
| 9. Jempelburg | 54,4% (85,3%) | 46,8% | 53,2% |
| 10. Schmetz | 38,2% (77,2%) | 30,6% | 29,7% |
| 11. Graudenz | 54,9% (81,7%) | 41,5% | 41,1% |
| 12. Kulm | 61,8% (80,9%) | 34,7% | 39,9% |
| 13. Thorn | 49,1% (76,0%) | 11,7% | 27,7% |
| 14. Brielien | 46,5% (67,9%) | 24,8% | 28,8% |
| 15. Löbau | 22,5% (44,8%) | 10,5% | 11,3% |
| 16. Strasburg | 29,4% (57,5%) | 17,1% | 19 % |
| 17. Soltau | 54,2% (81,2%) | 49,8% | 17 % |

Soweit die Angaben des polnischen Verfassers. Nach ihm soll der deutsche landwirtschaftliche Besitzstand in der Wojewodschaft Pommerns in den sieben Jahren von 1926 bis 1933 fast unverändert geblieben sein. In dieser Zeit aber sind bekanntlich erhebliche Flächen deutschen Landes durch die Agrarreform und andere Zugangsmaßnahmen sowie auch durch freihändigen Verkauf in polnische Hand übergegangen. Es müßten, die Angaben Dmowaczefs für 1933 als richtig angenommen, also fast ebenso große Landflächen, wie sie auf der einen Seite dem Deutschland durch Zwangsmaßnahmen verloren gingen, auf der anderen Seite auf dem freien Gütermarkt wieder zugezogen sein. Daß eine solche Behauptung glatter Unsinns ist, braucht nicht erst weiter erörtert zu werden. Dmowaczef hat erst einmal verraten, wie er zu seinen Zahlen gekommen ist. Dann wird man sich mit ihm auseinandersetzen können.

Distland=Chronik

Kosciakowski — Ministerpräsident

Die Regierung Slawet ist, wie erwartet, zurückgetreten. Zum Ministerpräsidenten wurde Zyndram-Kosciakowski ernannt. Außenminister ist Oberst Bed geblieben. Innenminister wurde nicht, wie man vermutet hatte, der Kattowitzer Wojenode Grawzynski, sondern der erst vor kurzem zum Wojenoden in Krakau ernannte frühere Senatsmarschall Koczlewicz, der Leiter des Weltbundes der Polen. Kriegsminister ist General Kaprzyński geblieben. Das Finanzministerium wurde mit Kwiatkowski befehligt, dem „Waler Gdingner“. Michalowski blieb Justizminister. Handelsminister ist General Goretcki, Landwirtschaftsminister Poniatowski. Kultusminister wurde nicht einer der Brüder Jendrzewicz, wie allgemein erwartet wurde, sondern Prof. Chyliniski. Das Ministerium für öffentliche Fürsorge hat der bisherige Wojenode von Wina, Jajczolt, erhalten. Verkehrsminister ist Butkiewicz, Postminister Kalinski. Das Wesentliche dieser Regierungs-

bildung ist die Umbefehlzung der wichtigen wirtschaftlichen Ressorts mit Männern, die als Vertreter „links“gerichteter Ideen bekannt sind.

Deutsch-polnische Zusammenkünfte

Der polnische Außenminister Oberst Bed hielt sich auf der Durchreise nach Genf kurze Zeit in Berlin auf und hatte dort eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister von Neurath. — Der Danziger Senatspräsident Grewier trat auf der Rückkehr aus den Karpaten, wohin er zur Jagd eingeladen war, in Warschau mit Ministerpräsident Oberst Slawet, Außenminister Oberst Bed und anderen polnischen Politikern zusammen. — Deutschland war auf dem 8. Internationalen Reiterturnier, das vom 28. September bis zum 7. Oktober in Warschau stattfand, durch eine starke Mannschaft vertreten. Die deutschen Reiter konnten schöne Erfolge erzielen. — Deutsche Handballer siegten in Krakau und Warschau über polnische Mann-

Ein deutsches Denkmal in Kattowitz besichtigt

Ende September ist in Kattowitz in aller Stille das Denkmal von Dr. Holze weggeschafft worden. Das Denkmal stand in der kleinen Grünanlage vor dem Badehaus. Die „Kattowitzer Zeitung“ schrieb hierzu u. a.: „Viele historische Erinnerungsmale der Stadt sind bereits vernichtet worden oder liegen in staubigen Magazintellern. Daß man sich auch an dem Denkmal des Mannes, der sein ganzes Werk opferte für die Entwicklung von Kattowitz eingeleitet und die geliebte Bürgerschaft dadurch zu tiefer Dankesschuld verpflichtet hat, vergreifen sollte, erscheint ungläublich.“ — Kattowitz verdankt Dr. Holze in erster Linie seine Erhebung zur Stadt im Jahre 1865 und damit die Schaffung einer der wesentlichsten Voraussetzungen seiner späteren Entwicklung. In einer polnischen Stadtchronik aus dem Jahre 1926 heißt es u. a.: „Dr. Holze, der die polnische Sprache ebenso einwandfrei beherrschte wie die deutsche, arbeitete außer in seiner ärztlichen Praxis zusammen mit seinem Schwiegervater Grundmann sehr erfolgreich an der Erhebung der wirtschaftlichen Anteil an der Arbeit auf allen sozialen Gebieten nahm, ausschließlich natürlich im deutschen Sinne.“ (Es ist nicht recht verständlich, was dieser letzte Zusatz heißen soll. Holzes vor allem auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet liegende Arbeit kam naturgemäß in erster Linie der ärmeren Bevölkerung zugute, die größenteils zwar einen nichtdeutschen Dialekt sprach, mit dem nationalen Polentum aber nichts zu tun hatte und nichts zu tun haben wollte.) „Jene aber“, so schließt die „Kattowitzer Zeitung“ ihren Bericht,

„Die auf seinen Leistungen heute aufbauen können, scheuen sich nicht, den Mann und sein Werk zu verleugnen. Das kleine, schlichte Denkmal ist weg, das unendlich große seiner Leistung aber — die Stadt Kattowitz — zeugt weiter für sein Schaffen.“ Daran wird auch Grazynski nichts ändern.

Hundertjahrfeiern deutscher Kolonien in Ostgalizien

Zwei deutsche Gemeinden in Ostgalizien konnten im September d. J. auf ihr hundertjähriges Bestehen zurückblicken: Felizienthal und Kornelowa. Vor einem Jahrhundert kamen die Vorfahren der heutigen Felizienthaler aus der Tschauer und Bilsener Gegend in das unerforschene tarpathische Waldland, um sich hier eine neue Heimat zu schaffen. Am 22. September fanden sich die Bewohner des Dorfes mit den Volksgenossen aus den benachbarten Siedlungen Zmaberg, Tucholka, Karlsdorf usw. zu einer schlichten Feier zusammen, die dem Gedenten der mühe- und opfervollen Arbeit der Vorfahren galt. Eine Woche darauf begannen die Deutschen Kornelowas die Feier des hundertjährigen Bestehens ihres Dorfes. Auch bei diesem Dorf, das heute 47 Häuser zählt, handelt es sich um eine Siedlung egerländischer Forstbewirtschaftler Deutscher, die ihr Volkstum durch Not, Entbrennung und Krieg treu bewahrt haben. Der polnische Kurator Dr. Pietruski, der an der auch von den Deutschen der Nachbargemeinden stark besuchten Feier teilnahm, stellte Kornelowas als lebendiges Beispiel einer musterhaften Dorcentwicklung dar: „Wir Polen vereinigen uns mit euch an eurem Festtage; Kornelowas ist ein Mutterdorf und erleuchtet unsere Arbeit; die danach strebt, unsere Dörfer wirtschaftlich zu heben.“

Arbeitsstagung des BDD in Sachsen

Nach Ostpreußen, Schlesien, mittlerer Ostmark, Grenzmark, Ostpreußen und Bannischer Ostmark suchte der Bund Deutscher Osten als letzten Abschnitt der reidscheitigen Ostfront das sächsische Grenzgebiet auf. Am 29. und 30. September veranstaltete er in Bzbaa (Sachsen) eine seiner Arbeitsstagen, an deren erstem Teil auch zahlreiche Ortsgruppen- und Schulungsleiter der Partei und die sächsischen Kreisleiter des BDD teilnahmen. Kreisleiter Pg. Reiter eröffnete und leitete als Leiter der gastgebenden Landesgruppe die Tagung. Er hielt einen einleitenden Vortrag, in dem er die gegenwärtige grenzpolitische Lage Sachsens erörterte, einen aufschlußreichen Bericht über die geschichtliche Entwicklung der beiden Lausitzen gab und die Methoden einer organischen Volksstammesarbeit in diesen Gebieten darlegte. — Der Landesgruppenleiter Schlesien, Kreisleiter Harlieb, beschäftigte sich in seinem Referat, vom schlesischen Beispiel ausgehend, mit den Lehren des Volksstammes der Vorkriegszeit, mit dem gegenwärtigen nationalen Kräfteverhältnis an den sächsischen Grenzen, mit den Bindungen der Genfer Oberflächentomben, der Judenfrage in Westoberschlesien, dem Problem der nationalen Zwischenzeit usw. Die militärische Kraft sei nicht inländische, die Grenzen eines Staates zu halten, wenn die Volksstammesarbeit verlagere; die Leitung der Volksstammesarbeit müsse, ebenso wie der Generalstab einer Armee, stets die ungunstige Situation zur Vorauslegung ihrer Überlegungen annehmen.

Mit der Prager Politik setzte sich Pg. Koehler von der Gauführerschule Augustsburg auseinander. An zahlreichen Beispielen kennzeichnete er die ideologische Verlogenheit der sächsischen Professoren- und Demokratie, die in der Außenpolitik wie in ihrer innerstaatlichen Arbeit nur ein Ziel kenne: den bedingungslosen Kampf gegen alles, was deutsch ist, die sich daher politisch und militärisch mit Moskau verbinde und in ihren staatlichen Randgebieten einen wässrigen Vernichtungselbstzug durchführe, der an methodischer Grausamkeit sich nur mit der Moskauer Ausrottungspolitik gegen die Wolgadeutschen vergleichen lasse. Wenn Mensch von seiner irdischen Verwandtschaft mit den Bolschewisten gesprochen habe, so habe er das Prager System in seinem moralischen Gehalt und in seiner politischen Zielsetzung er-

schöpfend charakterisiert. — Der Bundesleiter des BDD, Pg. Prof. Dr. Oberländer, ging in seiner Ansprache vom Volksstammes der Memelländer aus, die eben an diesem Tage zur Wahlurne gingen. Am memelländischen Beispiel legte er die Grundlagen einer erfolgreichen Volksstammesarbeit dar, betonte vor allem die Notwendigkeit, die Menschen an der Grenze zur Selbsthilfe zu erziehen, sie so zu erziehen, als ob der Staat nicht mehr hinter ihnen lände. Was der Osten vom übrigen Deutschland in erster Linie verlange, das seien nicht Gelder, sondern Menschen. — An diese Vorträge schlossen sich Besprechungen in engerem Kreise an, die die besonderen grenzpolitischen und volkspolitischen Fragen Sachsens zum Gegenstand hatten. Am Nachmittag fand im Schützenhaus eine öffentliche Kundgebung des BDD statt. Dort sprach Pg. Oberländer über die Entwicklung der Lage im Grenzgebiet und über die Aufgaben des Bundes. Pg. Reiter warbte sich gegen die sächsischen Verlogenheit, die Wendenfrage auf ein falsches politisches Weis zu schieben. — Am Abend vereinte ein Kameradschaftsabend die Teilnehmer der Tagung mit den Parteigenossen der Wobauer Ortsgruppe der M S D A P.

Am zweiten Tage führte eine Kraftwagenfahrt durch die sächsische Lausitz. In Großenhennersdorf, Obercunnersdorf und Rebern wurden die typischen bäuerlichen Siedlungsarten des Landes erläutert. Bei Nietzen wurde ein vorgegliedert Burgwall besichtigt, der wie eine Festung den Zugang zu einem Tale beherrschte. Die Fahrt ging weiter durch die landschaftlich reizvolle Gröblicher Stala. In Panitzsch wohnten die Teilnehmer in zwei verschiedenen gemildertpradigen Schulen dem Unterricht bei. Und in Naun im erdloß ein Rundgang durch die Stadt und ein Besuch des Museums die Schönheit dieses alten deutschen Vorpostens im Osten und das künstlerische Schaffen der Lausitz durch die Jahrhunderte. Die Leitung der Arbeitsstagen hat es verstanden, den Teilnehmern nicht nur durch aufschlußreiche Referate und eingehende Besprechungen in engerem Kreise die Bedeutung Sachsens als Grenzland und die Besonderheit seiner wässigen Probleme näherzubringen, sondern sie auch mit dem Land und seiner Bedeutung durch die Besichtigung einer Reihe charakteristischer Punkte bekannt zu machen.

Sachsen als Teil der deutschen Ostfront

(Fortsetzung und Schluß)

Viertens: Gebiete werden zu Grenzländern, wenn sich Fronten abheben; Grenzlandbewußtsein wird einfaßbar erst da, wo das ganze Dasein einer Belastungsprobe unterworfen wird. Das geschah in Ost- und Westpreußen in einer Zeit, als das sächsische Gebiet binnendeutsch zu werden begann. Bis dann auch dieses Gebiet wieder in die Kampfzeit der ersten Rückeroberung zurückgerufen wurde: in den Hussitenkriegen, die fast gleichzeitig mit den Bergzweiflungskämpfen des Deutschen Ordens ausgetragen wurden. Sachsen war dem Binnenlande näher; es fand die Hilfe, um die der schwer umbrängte Nordosten vergeblich rief. Aber die Einfälle von Böhmen her überdauerten die Hussitenzeit fast zwei Jahrzehnte (bis 1450!); ein ganzes Jahrhundert zitterte in der sächsischen Bevölkerung der Schrecken vor den sächsischen Raubzügen nach, und er verblähte erst, als eine noch grauigere, noch gebaltener Angst einbrach: die vor den Türken. Das verlangte wahrhaftig ein opferfreudiges Grenzertum auf Jahrhunderte. Von 1421, dem sächsischen Siege über die Hussiten bei Brüx, bis der ersten Belagerung Wiens durch die Türken, haben vier Generationen, von da bis 1683, als es schien, daß Wien fallen müßte und das ganze Hinterland die Beute der Türken würde, sechs Geschlechterfolgen Grenzschutz gehalten, Befestigungen gebaut, sich in Waffenübungen gefählig, gepöpst an Gut und Blut und schließlich oft weit vom Lande weg in Böhmen und an der Türkenfront Waffenhilfe geleistet. So waren es nicht weniger als zehn sächsische Generationen, für die der Begriff Grenze erfüllte, grausame und doch gemeinere Wirklichkeit gewesen ist. Zehn Grenzergenerationen! Ihre Räte und Laien versinken nicht in grundloses Vergessen, sondern leben fort von Enkel zu Enkel, um erneut Laien zu zeugen, wenn die Stunde des Einfalles schlägt.

Und doch war Sachsen nicht immer Grenzland. Der würde die Geschichte dieses Landes verkennen, der das oft tragische Wechselspiel zwischen binnendeutscher und grenzländischer Aufgabe Sachsens außer acht läßt. Als den ersten binnendeutschen Rückschlag können wir die Erwerbung Thüringens durch die Wettiner 1264 feststellen. Gerade dieser binnendeutsche Erwerb entseßte einer die Kraft des Weimarer Markgrafengeschlechtes schwer schädigenden Verwandtenzwist.

Mitten im Siegeszug gegen die Hussiten erhielt 1423 der Markgraf Friedrich von Weissen die Kurwürde und das nieder-sächsische Gebiet um Wittenberg. Damals wanderte die Bezeichnung Sachsen von der Unterelbe bis zu den Ränmen des Erzgebirges. Ein großer Erfolg, aber auch eine Abenteur. Die Bezeichnung, daß die fürstliche Niederlage des sächsischen Adels bei Müßig gegen die Hussiten 1426 eintrat, als der neue Kurfürst sein Markgrafentum latentelementen „Reichsangelegenheiten“ hinterrücken und deshalb seinem Lande fern bleiben mußte.

Wie weit die grenzmärklichen Pflichten als lästig empfunden wurden, zeigt zwei Jahrzehnte später das Verhalten der beiden Brüder Wilhelm und Friedrich bei der Teilung der wettinischen Länder (1445), wobei beide in schweren Streit miteinander gerieten, weil jeder das ruhigere Thüringen zugesprochen haben wollte. Die ladenden Driften bei diesem Zwist waren die Tscheden, die unter Georg Bodebrad 1450 wiederum verwißtend in das ihnen verfallene Sachsen einbrachen.

Als endlich unter freudiger Zustimmung deutschböhmischer Adliger, begleitet von dem politischen Rat des hochangesehenen Nürnberger Rechtsgelehrten Gregor von Heimburg, 1471 Herzog Heinrich von Sachsen mit 5000 Mann und 400 Wagen in Prag einzog, als Bewerber in der böhmischen Königswahl, da war 50 Jahre nach den ersten Siegen über die Hussiten die grenzländische Aufgabe wieder klar erkannt. Welche Ausblicke schienen sich da für beide Länder zu bieten! Freilich blieb es beim Versuch. Ungleich mächtigere Gegner waren als Bewerber auf den Plan getreten: Der Kaiser selbst, Ungarn, Polen und Franzosen. Das auf sich selbst

gestellte Sachsen fiel durch; die großen Unkosten, in die sich der Bewerber gestürzt hatte, waren vergebens. Aber in der Geschichte geht nichts verloren, wenn es auch jahrhundertlang unwirksam bleibt. So kam nach 150 Jahren, zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, die Stunde, in der der sächsische Kurfürst zum böhmischen König erwählt wurde, freilich zu einer Würde, die erst mit dem Schwert in der Hand gegen Habsburg hätte erkömpft werden müssen. Der sächsische Kurfürst aber schaute diesen Waffengang und lehnte ab.

Der Verzicht des sächsischen Kurfürsten auf die ihm angebotene böhmische Krone besiegelte eines der Verhängnisse, an denen die deutsche Geschichte so reich ist. Die Gunst der Stunde war verpielt durch die religiöse Enge, den Fluch des Verwandtensinnes und den unglücklichen Bund mit Habsburg, kurz durch die Mächtigkeits, die in der deutschen Geschichte von jeher so verhängnisvoll gewirkt haben. Sachsen blieb Binnenland in dem Augenblick, wo es grenzpolitisch handeln mußte. Es bezogte das mit der beiläufigen Verwüstung im Dreißigjährigen Krieg.

Und doch hat dieser Fürst, der in Böhmen die große Stunde verpaßte, sich als Mehrer des Reiches erwiesen, indem er die Lauffen erwarb. Wir feiern in diesem Jahre die dreihundertste Wiederkehr dieser Erwerbung. Dieser veränderten Ausdehnungsrichtung folgte August des Starren Großmachtpolitik. Wir können uns nicht genug hüten, Augusts Polenpolitik als ein lustiges Abenteuer abzutun, wie es einige Geschichtsschreiber noch heute zu tun beliebt. Im August stetzte mehr Ostmärkertum als man gemeinhin glaubt. Die kulturtragenden Schichten Polens waren damals noch zu einem großen Teil deutsch. Auch war Augusts Werbung um die politische Krone eine deutsche Angelegenheit, ein fühner Schachzug gegen die politischen Hegemoniebestrebungen Frankreichs, das damals schon nach dem Ostrum vorrückte. Aber indem August die Ostpolitik von Deutschland und dem Reich gleichsam nur gegönnt wurde, entpuppte sie sich als eine Politik zweiter Hand.

In der Folge ergeht der Raub Osten geteilt in drei deutsche Staaten: zu Sachsen und Österreich kommt Preußen. Sachsen in der Mittellage hatte in diesem Weltstreit keine Vorgaben. Es hätte der genialsten politischen Entwürfe bedurft und es hätte vor allem die jähbelebte Zielstrebigkeit entwickeln und den gleichen rücksichtslosen Ernst einsehen müssen, den Preußen gegen Schweden, Polen und Sachsen, Österreich gegen die Türken aufbrachten. Während Preußen schließlich zu Ende der Befreiungskriege zum Grenzwächter an Rhein und Weichsel bestellt wurde, sah Sachsen aus der Ostfront aus.

Die binnendeutsche Bindung des sächsischen Königshauses an Habsburg ließ den alten Kampfgeist völlig vermissen. Der Versuch, mit Napoleons Hilfe noch einmal die alte Stellung in Polen zurückzuerlangen, blieb schwächlich und ohne Erfolg. Dieser Abstieg veranlaßte viele der Besten, außer Landes zu gehen: Wir nennen nur den Kammerer Velling, den kühnen preußischen Lebenshelden, den unerschrockenen Kämpfer gegen apollinische Erdarmlichkeit und irdische Enge, den unbeflecklichen Gegner der französischen Verlotterung des deutschen Kulturlebens, den Wegbereiter der größten deutschen Literaturpropheten, den Mann, dem man angesichts solcher Verdienste heute nicht feillich aufrechnen sollte, daß er in manchen Dingen ein Kind seiner Zeit blieb. Wir nennen den Lauffer Fichte, der nach Preußens Hauptstadt kam und ihre weltbürgerlich-pazifistische Bevölkerung für den Befreiungskampf wahrüttelte. Wir nennen die Sachsen Schill, Gneisenau und Rörner und nicht zuletzt den Herois des preußisch-deutschen Kaiserturns, den Sachsen Treitschke. All das waren Streiter für das ganze Deutschland aus der Bestimmung des Preußentums, das sie aus der Ablehnung des 18. Jahrhunderts in sich selbst entdecken konnten, weil das alte Ostmärkertum in ihnen noch irgendwo lebte.

Der Osten ist unausgeglichenheit und ungelöste Spannung; der Westen Form und Ruhe; beides Eigenschaften, die uns Obersachsen fehlen. Wenn Josef Nadler in dem „Stamm-

haften Gefüge des deutschen Volkes" darauf hinweist, daß niemand anders als im deutschen Osten der Gedanke des Volkes als eines ewig Werden- den, wie er uns bei dem Oberlehrer Friedrich Nießche entgegentritt, entstehen konnte, so hat er damit unsere tiefste Betrachtung erfaßt. Alles in allem ergibt sich aus dieser Betrachtung: die Zeiten, in denen es Sachsen grenzländlich und ostwärts dachte und handelte, waren vorwärtsweisende Zeiten; Zeiten des Aufstieges, der Größe oder der Verheißung. Und auf die Gegenwart bezogen: Sachsen gehört zur geistigen Ostfront.

Fünftens: Wieder sind wir Grenzland geworden. Sorben, Kuffiten, Türken sind abgeblutet von einem Nachbarn, der sich nicht scheut, in unerfennbarer Front gegen uns mit dem Todfeind des Abendlandes zu patieren. Kann es da ausbleiben, daß endlich bei uns das alte Grenzlandbewußtsein wieder ermatcht? Es scheint, daß wir in Sachsen uns in Abbau der binnendeutschen Sorglosigkeit befinden.

Grenzländer sind Bollwerke und Brücken. Wenn unsere subethnischen Brüder heute nicht mehr zerrissenen Herzens nach Sachsen blicken, wo man in marxistischer Zeit nur zu einem kleinen Teil wußte, daß jenseits der Landesgrenze dreindeinhalf Millionen Deutsche im sächsischen Zwangsverband einen Vergewaltigungskampf um ihre elementarsten völkischen Rechte zu bestehen haben; wenn sie heute mit Sehnsucht und Stolz zu uns hinübersehen, so ist das einzig und allein das unvergängliche Verdienst unseres Führers und seiner Helfer. Der Nationalsozialismus nur konnte Sachsen zu einem Bollwerk fügen. Und doch tut er noch etwas: er schlägt die Brücken zum deutschen Volkfeld und zum fremden Volkstum. Unerlässlich ist, daß bei uns sich die grundlegende Tatsache Anerkennung verschaffe, daß die Landesgrenze nicht die Volkstums- und Volksgrenze darstellt. Eine Landesstunde von Sachsen, die es — wie das bisher üblich war — verjäumt, das deutschböhmische Vorfeld einzubeziehen und auf dessen Gefährdung und Schädigung hinzuweisen, ist heute vonnöten. Doch können wir dabei nicht stehen bleiben: Wir müssen den Gegner selbst kennen lernen: wir müssen uns vertraut machen mit der sächsischen Geschichte, um erfolgreich die sächsischen Fälschungen geschichtlicher, irdentlicher und sonstiger Tat-

bestände abzumehren. Wir müssen die andersgeartete geistige und seelische Lage des sächsischen Nachbarn als die Quellen seiner nationalen Kraft erkunden. Grenzländer können es sich nicht leisten, die generelle Position zu ignorieren. Wir haben nicht mehr den mißverständlichen „Herrenlandpunkt" vergangener Generationen, die im Stawen den Angehörigen einer „minderen Menschenart" sehen zu können glauben. Wir nehmen ihn ernst, weil wir jedes eigenständige Volkstum achten.

Sachsen: Die preußischen Ostprovinzen haben in ihrem Kampfe immer und immer ihre Verbundenheit mit dem deutschen Volksgange zu erweisen versucht, indem sie hervorleuchteten, was das Mutterland ihnen verdankt: die getreuen Unbekannten wie den größten Söhnen und Töchtern, die sie Deutschland geschenkt. Wollte Sachsen das Gleiche tun, welche Heerkraft hätte es vorzuführen! Hat es nicht Gesamtdeutschland seine Schriftsprache, die Reformation, die größten Künstler und Denker geschenkt? Leibniz, Fichte und Nießche; Bach, Wagner, Schumann; Ludwig Richter und Klingler; Gelleri und Novalis waren oberländischen Stammes. Und ist Sachsen im 19. Jahrhundert nicht zur Verkraft Deutschlands geworden?

Darauf hinzuweisen, ist keine partikulärische Väterlichkeit: es sind unveräußerliche Rechte, von denen das Grenzland in Notzeiten Gebrauch macht, um das Volksganze an seine Dankesspflicht zu erinnern. Und es sind anderer'eits Voraussetzungen zur Selbstachtung aus dem Gefühl des Stolzes auf die eigene Leistung, die wir gerade in Sachsen so notwendig brauchen. Wenn wir eine nationalpolitische Forderung aus dieser Betrachtung ableiten, so ist es die: hinweg mit jeder Verzerrung sächsischen Werts! Das deutsche Volk möge sich bemühen, uns zu beurteilen nach dem Besten, was wir ihm gegeben haben, nicht aber nach jener erbärmlichen Biemdenliteratur, die gerissene Appellblätter über uns in Umlauf gesetzt haben. Es entsteht keine Grenzergreifung dort, wo man sich nicht ernst nimmt oder wo man nicht ernst genommen wird.

Sachsen, wo immer man es sieht, gehört zur Ostfront, geistlich, gegenwärtig und zukünftig. Grenzlandarbeit im kämpferischen Verband des Nationalsozialismus heißt: vom Teil zum Ganzen aufbilden und vom Großen die Kraft zur Bewirklichung des Kleinen bereiten!

Dr. Oswin Poetschke.

Buchbesprechungen

Das germanische Meer. Geschichte des Ostseeraumes. Von Dr. Erich Mäkel. Verlag Grenze und Ausland, Berlin-Stuttgart 1935. 40 Seiten. Preis kart. 0,60 RM. — Will man das, was heutzutage in Polen als „Meeresideologie" in Umlauf gesetzt wird, auf seinen geschichtlichen Wahrheitsgehalt überprüfen, dann wird man in dieser Schrift des jungen, in der Wahl seiner Themen immer aktuellen Königsberger Historikers das geeignete Hilfsmittel finden. Es hat in seinem Abschnitt der Geschichte eine innigere und dauerhaftere Vertrautheit des Westflawen mit dem Meere gegeben; die Germanen und ihre Blutsverwandten in Skandinavien und in Deutschland sind es, die mit dem Meere verwichen und auf ihm heimisch waren und sind. Solange es eine Geschichte im Ostseeraum gibt, ist dies eine germanisch-deutsche Geschichte gewesen. Alles andere ist immer nur Epizode geblieben. Welche Verzeichnisse den Gang dieser Geschichte von der germanischen Vorzeit bis in die Gegenwart, und mit Recht kann er seine Arbeit mit dem Satze beschließen: Im großen und wunderbaren Zuge der Jahrtausende war die Ostsee das germanische Meer. Dr. K.

Wir schmieden die Zukunft. Der Kampf der „Jungdeutschen Partei für Polen" in Polen-Pommerellen. Herausgegeben von der Bromberger Geschichtsstelle der Jungdeutschen Partei (Bromberg ul. Sobieskiego 6) 1935. — In knappen Ueberblick wird in dieser von Erich Spitzer und Ulrich Ullie bearbeiteten Broschüre geschildert, wie es zu der scharfen Auseinandersetzung innerhalb des Deutschtums in Polen und Pommerellen kam. Man wird noch einmal an die wichtigsten Etappen des Kampfes erinnert, den die Jungdeutsche Partei gegen

die seit Jahren anhaltende völkische Verlandung und ideelle Verarmung des Deutschtums in Westpolen führt; Uebergreifen der Bewegung nach Polen-Pommerellen, Jägerhofer Kreis, „Sängerkrieg auf der Swarburg" am 5. Mai 1934, Tod des Erich Matus am 26. Mai, Burgfrieden und Wiederbruch des Kampfes, Gründung der „Deutschen Vereinigung", Ausschließungsklausel, Jungdeutscher Parteitag in Polen am 5. Mai 1935. Es folgt dann eine Charakteristik der anderen Seite. Das abschließende Kapitel faßt noch einmal die Ziele der Bewegung zusammen. Es ist zu wünschen, daß die Broschüre im Kreise bei denen, die Sorge um das Deutschtum in Polen tragen, Beachtung findet, gleichgültig, wie sie zu diesen Auseinandersetzungen stehen. Die Deutsche Vereinigung plant eine Gegenschrift.

Dr. K.

Ostpreußen. Land und Leute. Von Dr. Bruno Hoffmann und Dr. Theodor Hurlig. Verlag Graefe und Unzer, Königsberg (Pr.) 1935. 192 Seiten mit 83 Abbildungen, Kartenfäßen und einer Ueberblickskarte. In diesen Ostpreußenbüchern ist weniger von den Menschen als von der Landschaft die Rede. Deren Darstellung ist den Verfassern ausgesprochen gelungen. Die erdgeschichtliche Vergangenheit wird in einer auch dem Laien leicht verständlichen Weise geschildert. Wie durchweg, so steht auch in den Kapiteln, die sich mit der Vorgeschichte und der Geschichte Ostpreußens sowie mit der Wirtschaft des Landes befassen, das Raumpolitische und Landschaftliche voran. Im zweiten Teil des Buches werden die einzelnen charakteristischen Landschaften geschildert: das Samland und Königsberg, die Kurische Nehrung und die Remeiniederung, das Frische Haff und das Weichsel-Nogat-Delta, das Weichseltal und das

Oberland, Masuren und Mittelostpreußen, das nordöstliche Grenzgebiet und das entlassene Memelland. Man erhält eine plastische Vorstellung von der vielartigen Schönheit der Provinz und von den Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die der Boden ihren Bewohnern gewährt. Dr. K.

Die Wanderungsbewegung in Ostpreußen. Eine Bevölkerungsstudie. Von Dr. Konrad S t e y e r. Graefe und Unzer Verlag, Königsberg, 1935. 146 Seiten. Preis 6.— *R.M.* — Die Schrift ist als Heft 1 der vom Statistischen Amt der Provinzialverwaltung Ostpreußen herausgegebenen „Beiträge zur Statistik der Provinz Ostpreußen“ erschienen. Sie unterliegt, gestützt auf das Material der gut ausgebauten ostpreußischen Provinzialstatistik, ein Thema, das schon seit langem, seitdem Ostpreußen zu einer Randwiege des Reiches wurde, allgemein interessiert. Die Unternehmung erstreckt sich in der Hauptsache auf die Jahre 1929—1932. Sie beschäftigt sich mit der Binnenwanderung sowohl wie mit der Außenwanderung der Provinz. Die Zusammenhänge, die zwischen der Wanderungsbewegung einerseits und der Grundbesitzverteilung, der Altersgliederung, der Berufsgliederung usw. andererseits bestehen, werden geprüft. Die Ergebnisse, zu denen die Untersuchung gelangt, befähigen z. T. die bisher geltenden Anschauungen, z. T. aber stellen sie auch eine bemerkenswerte Korrektur mancher bisher als allgemein gültig angenommenen Thesen dar. Die Darstellung der ostpreußischen Binnenwanderung befriedigt durchaus; sie gibt ein abgerundetes Bild. Die Darstellung der ostpreußischen Außenwanderung läßt diese Klarheit wegen der Kürze des behandelten Zeitraumes [1925 (bzw. 1929) — 1932] vermissen. Das liegt in der Hauptsache daran, daß brauchbares Material für eine eingehendere Betrachtung eben nur für diesen kurzen Zeitraum vorliegt. Es wäre aber immerhin möglich, die Wanderungsbeziehungen Ostpreußens — übriges Reich sowohl zeitlich wie hinsichtlich der Wanderrichtung ausführlicher darzustellen. Die Differenzmethode und die Verwertung statistischer Sonderuntersuchungen über die Ostpreußen z. B. in Berlin und im Ruhrgebiet bieten hier noch Möglichkeiten, die hoffentlich bei späterer Gelegenheit ausgespart werden. Auch in anderer Hinsicht erwachsen der ostpreußischen Bevölkerungsstatistik in Zukunft noch besonders interessante und praktisch bedeutungsvolle Aufgaben: Durch die nationalsozialistische Aufzuarbeit wird die Binnen- und Außenwanderung Ostpreußens zweifellos ganz wesentlich beeinflusst. Bis an die Zeit, in der sich die bevölkerungspolitischen Folgen dieser Aufzuarbeit bemerkbar zu machen beginnen, führt die Untersuchung von Steyer heran. Sie ist als eine Studie, die die Zeit von 1929, dem Jahre der blühenden Scheinjahre, bis zum tiefsten Verfall zum Gegenstand hat, eine nützliche Vorarbeit für eine spätere Darstellung der Wanderungsbewegung in der Zeit nach der Machtergreifung. Fast die Hälfte des Buches wird von statistischen Tabellen und graphischen Darstellungen eingenommen. Dr. K.

Drei Jahrhunderte Bauernleben in der Weichselniederung. Fünfhundertfünfzig Jahre Bürgerleben in der Stadt Thorn. Von R e i n h o l d H e u e r. Lutherverlag, Posen (Poznan, Fr. Ratajczaka 20), 1935. 89 Seiten. Preis Gegenwert von 2,80 Zloty. — Der Verfasser, Pfarrer H. Heuer, ist durch seine geschichtlichen Studien, die sich zumeist mit seiner eigenen Heimat, Thorn und Umgebung, befassen, weiteren Kreisen bekannt. In dem vorliegenden Buch gibt er ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Ahnenforschung eines Einzelnen, richtig betrieben, zu einer historischen Studie von allgemeinem Interesse ausweiten läßt. Ursprünglich hatte Heuer, wie er einleitend schreibt, die Absicht, eine Geschichte seiner Vorfahren und derjenigen seiner Frau zu schreiben. Seine Vorfahren haben als Bauern in der Thorer Weichselniederung, in Neßau und Andau, gelebt, die seiner Frau haben durch Jahrhunderte hindurch in Thorn selbst als angehende Bürger eine Rolle gespielt. Die Geschichte der Sippen, die Heuer schreibt, wird zu einer Geschichte der Niederrung und zu einer kleinen Chronik der Stadt Thorn. Dr. K.

Die Entwicklung der polnischen Handelsvertragspolitik. Von Dr. Gero Wolfgang R o s t, von G e r s d o r f f. Duncker und Humblot Verlag, Berlin 1935. 177 Seiten. Preis 6.— *R.M.* — Die Arbeit des Verfassers ist als Heft 13 der von dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler Wisemann heraus-

gegebenen Schriftenreihe „Neue Deutsche Forschungen“ erschienen. Aus den räumlich, sozial- und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen entwickelt und erklärt der Verfasser die polnische Handelsvertragspolitik. Er unterteilt dieselbe in drei Epochen dieser Politik. Die erste (bis 1925) diente, bei tatsächlicher Abhängigkeit von Deutschland, dazu, Polen überhaupt erst einmal in handelsvertragsmäßige Beziehungen mit möglichst vielen Staaten zu bringen; die zweite (bis 1932/33) wurde durch das Streben nach Selbstbefähigung des polnischen Außenhandels und nach Erschließung neuer Märkte gekennzeichnet; die dritte steht unter dem beherrschenden Eindruck tiefgreifender Veränderungen des Weltwirtschafts- und Kapitalverkehrs. In jeder dieser Epochen bildete die polnische Handelsvertragspolitik ihre durch Voraussetzungen und Absichten bedingten, technischen Besonderheiten heraus. Deren Darstellung ist in der Hauptsache die Arbeit Gersdorffs gewidmet. Sie reicht bis Ende 1934. Dr. K.

Die Heiraten der Romanows und der deutschen Fürstenhäuser im 18. und 19. Jahrhundert und ihre Bedeutung in der Bündnispolitik der Ostmächte. Von Dr. Martha Lindenmann. Ferdinand Dümmlers Verlag, Berlin und Bonn 1935. 176 Seiten. Kart. 4,80 *R.M.* — Die Arbeit ist als Heft 2 der von Martin Spahn herausgegebenen Reihe „Das Reich und Mitteleuropa“ erschienen. Von Katharina der Großen bis Bismarck ist das Mit- und Gegeneinander der drei Großmächte Preußen, Oesterreich und Rußland in entscheidendem Maße von den verwandtschaftlichen Verbindungen unter den regierenden Familien mitbestimmt worden. Vor allem im Kampf gegen Napoleon hat sich das Geschick der dynastischen Bande als eine wirksame Waffe erwiesen. Das Zustandekommen der heiligen Allianz wäre ohne die familienpolitische Vorarbeit, die von einigen der regierenden Frauen geleistet wurde, kaum denkbar gewesen. Die Koburger Familienpolitik, die Bismarck so viel zu schaffen machte, löste und verwirkte das durch Generationen sorgsam gepflegte Reg verwandtschaftlicher Beziehungen zwischen Petersburg, Berlin und anderen deutschen Fürstenhöfen. Vor allem aber traten im Laufe des 19. Jahrhunderts neben und vor die dynastischen Bindungen andere, aus den Wäldern selbst wachsende Kräfte als geschichtlich gestaltende Faktoren in den Vordergrund. Es hätte die gründliche Arbeit der Verfasserin belebt und aufgelockert, wenn mitunter die politischen und persönlichen Motive der dynastischen Ehegeschickungen stärker herausgearbeitet worden wären. Dr. K.

Oesterreichische Geschichte aus dem Jahre 1933. Von Christian Kreuzhafer. 154 Seiten Ostau, kartoniert 2,50 *R.M.* Verlag Grotz Galloway, München, 1935. — Was in diesem Buche erzählt wird, hat sich in den ersten Monaten nach dem Verbot der Nationalsozialistischen Partei in Oesterreich ereignet. Es sind einige Episoden, die das tägliche Leben des Kampfes für Hitler, in dem das deutsche Volk Oesterreichs tiefst, trefflich schildern. „Ein neues Oesterreich wird in diesen Menschen lebendig, das härter, juchtvoller, klarer ist als das alte Oesterreich der Sabsburger, und vor allem ein Oesterreich, das deutsch ist, nichts anderes als deutsch“, so schreibt im Vorwort der Verfasser, der seinen richtigen Namen natürlich nicht nennen kann. Herzerschütternd ist die ungebeugte Selbstverpflichtung, mit der Bauern, Arbeiter, Frauen und Jungen sich zu Deutschland bekennen; und ergreifend ist die tiefe Gläubigkeit, mit der sie ins Reich hinüberblicken. „Deutsche Geschichte aus Oesterreichs tiefster Erniedrigung“ müßte das Buch heißen.

Vorarbeit C393. Von Ferdinand Goeltz. Paul Kupfer Verlag, Breslau. Bräudenbücherei Nr. 7. 61 Seiten. Pappband 0,80 *R.M.* — Diese kleine Erzählung des bekannten polnischen Schriftstellers führt in ein Kriegsgefangenenlager in den Sümpfen Turfeklans. Die Gefangenen sind mit schweren Arbeiten, die ihre Energie und ihre Disziplin erschöpfen lassen, beschäftigt. Als die Autorität des Lagerleiters und der Wachmannschaft verfallen, da ist es der Vorarbeiter Czajka, der durch sein Beispiel die andern wieder hochheißt. Es ist das Ethos der Arbeit, das die Revolte überwindet. Mit paratamen Strichen, aber doch überzeugend, ist die Gestalt dieses Arbeitsmenschen gezeichnet. Die Uebersetzung der Erzählung aus dem Polnischen hat Heinrich K o i g besorgt. Dr. K.